

Michael Salamon

Mein Weg in die Selbstständigkeit – Steuern und Recht

Ein praktischer Leitfaden für
Gründer und Unternehmer

- ☑ **Widerrufsbelehrung
ab 13. Juni 2014**
- ☑ **Deckelung Anwaltsgebühren
bei UrhG Abmahnungen**
- ☑ **Streitwertbegünstigung
bei UWG Abmahnungen**
- ☑ **Kosten GmbH Gründung**

Verlag Wissenschaft & Praxis





WISSEN KOMPAKT

Michael Salamon

Mein Weg in die Selbstständigkeit – Steuern und Recht

Ein praktischer Leitfaden
für Gründer und Unternehmer

inklusive

Widerrufsbelehrung ab 13. Juni 2014
Deckelung Anwaltsgebühren bei UrhG Abmahnungen
Streitwertbegünstigung bei UWG Abmahnungen
Kosten GmbH Gründung

4., überarb. u. erw. Aufl.

Verlag Wissenschaft & Praxis

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Hinweis:

Das vorliegende Buch ersetzt keine persönliche Rechts- und/oder Steuerberatung. Eine Haftung ist aufgrund eines fehlenden Beratungsvertrages ausgeschlossen. Wegen der Aktualität und der kompakten Darstellung sind nicht alle gesetzlichen Voraussetzungen und Folgen genannt. Sachdienliche Verbesserungsvorschläge werden gerne berücksichtigt.

ISBN 978-3-89673-669-7

© Verlag Wissenschaft & Praxis

Dr. Brauner GmbH 2014

D-75447 Sternenfels, Nußbaumweg 6

Tel. +49 7045 930093 Fax +49 7045 930094

verlagwp@t-online.de www.verlagwp.de

Alle Rechte vorbehalten

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Druck und Bindung: Esser printSolutions GmbH, Bretten

Inhaltsübersicht

- I. Wahl der Unternehmensform
- II. Steuern des Unternehmers im Überblick
- III. Steuern des Unternehmers im Detail
- IV. Steuerliche Sonderprobleme
- V. Gewinnermittlung durch EÜR oder Betriebsvermögensvergleich
- VI. Wettbewerbsrechtliche Vorgaben
- VII. Der Vertragsschluss im Internet
- VIII. Fernabsatz/ebay & Co.
- IX. Wettbewerbsrechtliche Abmahnung
- X. UWG
- XI. Urheberrecht
- XII. Wie vermeide ich Fehler?

Anlagen:

- 1. Formular Gewerbeanmeldung
- 2. Fragebogen zur steuerlichen Erfassung
- 3. Formular EÜR
- 4. Formular Lohnsteueranmeldung
- 5. Verbraucherrechterichtlinie (VRRi)

Literaturverzeichnis

Wichtige Internetbegriffe

Stichwortverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht	5
Inhaltsverzeichnis	6
Abkürzungsverzeichnis	12
I. Wahl der Unternehmensform	15
A. Zivilrechtlicher Überblick Unternehmensformen	15
B. Details zu den Rechtsformen	16
1. Das Einzelunternehmen.....	16
2. Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR oder BGB-Gesellschaft)	17
3. Die Partnerschaftsgesellschaft (PartG)	18
4. Die Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung (PartGmbH).....	20
5. Die offene Handelsgesellschaft (oHG)	25
6. Kommanditgesellschaft (KG)	28
7. Die GmbH	29
8. Ein-Personen-GmbH.....	31
9. Die GmbH & Co. KG	33
10. Die UG (haftungsbeschränkt).....	34
11. Limited	40
12. Die Aktiengesellschaft	41
13. Die Kleine AG	41
14. Die Genossenschaft.....	42
15. REIT – Aktiengesellschaft (Real Estate Investment Trust).....	43
16. WKG-Gesellschaften (Wagniskapitalgesellschaften)	43
C. Firma/Geschäftsbezeichnung	43
D. Bezeichnung der Firma bei Einzelkaufleuten, einer oHG oder KG	45
E. Nichtkaufmann	45
F. Relevanz der Kaufmannseigenschaft	46
G. Prozessuale Relevanz einer Firmen- und/oder Geschäftsbezeichnung.....	46
H. Geschäftsbriefe	47
I. Anmeldung eines Unternehmens und Bedeutung für das Finanzamt.....	48
1. Gewerbe ./ Freier Beruf (Abgrenzung)	49
2. Anzeigepflichtige Personen	50
3. Gewerbeschein	51
J. Gründungszuschuss für Selbstständige §§ 93,94 SGB III.....	53
II. Steuern des Unternehmers im Überblick	55
III. Steuern des Unternehmers im Detail	57
A. Umsatzsteuer	57
1. Unterschied zwischen Umsatzsteuer und Vorsteuer?	57
2. Die Vorsteuer	57

3. Unternehmer im Sinne des UStG.....	57
4. Kann ein Unternehmer mehrere Unternehmen haben im Sinne des UStG?.....	58
5. Lieferungen	58
6. Sonstige Leistungen	58
7. Der Steuersatz	59
8. Entstehung der Umsatzsteuer.....	60
B. Einkommensteuer des Unternehmers/Selbstständigen	60
C. Körperschaftsteuer	61
1. Gesellschaftsebene	61
2. Anteilseigner-Ebene	61
D. Gewerbesteuer.....	62
1. Die Ermittlung der Gewerbesteuer/Allgemeines	62
2. GewSt-Vorauszahlungen	63
3. Steuerermäßigung gem. § 35 EStG.....	63
4. Beispiel zur Gewerbesteuer incl. Steuerermäßigung gem. § 35 EStG	63
E. Kirchensteuer.....	65
F. Lohnsteuer (§§ 38ff. EStG).....	65
1. Verfahren zur Bildung und Anwendung der elektronischen Lohnsteuerabzugsmerkmale	65
2. Pauschalierung der Lohnsteuer für Teilzeitbeschäftigte und geringfügig Beschäftigte (Minijobs)	69
3. Kirchensteuer	79
4. Erklärungs- und Zahlungsfristen der Lohnsteuer § 41a EStG.....	79
5. Lohnsteuerkarte.....	80
IV. Steuerliche Sonderprobleme.....	81
A. Steuerlicher Vergleich Einzelunternehmen ./ Ein-Personen-GmbH.....	81
B. Das Firmenfahrzeug: Betriebliche und private Nutzung/1 %-Regelung	84
1. Allgemeines.....	84
2. Aktuelles Beispiel zur 1 %-Regelung	85
3. Zusammenfassung	88
C. Die entgeltliche Weitergabe von Tankbelegen	89
D. Absetzung für Abnutzung (AfA).....	89
1. Einführung.....	89
2. Hinweis für Nicht-Unternehmer	92
3. Beispiele zur Abschreibung.....	92
4. Vor- und Nachteile der 410 €-Abschreibung oder Poolabschreibung.....	94
5. Zusammenfassung zur Abschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter (GWG)	94
6. Die degressive AfA	95
E. Investitionsabzugsbeträge und Sonderabschreibungen zur Förderung kleiner und mittlerer Betriebe	95
F. Bezahlung der Steuerschuld per Scheck.....	98
G. Buchführung	99

H. Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten	100
I. Kassenführung	101
J. Verbindliche Auskunft Finanzamt	102
K. Elektronische Übermittlung von Bilanzen sowie Gewinn- und Verlustrechnungen.....	104
V. Gewinnermittlung durch EÜR oder Betriebsvermögensvergleich.....	105
A. Gewinnermittlung durch Betriebsvermögensvergleich (G + V, Bilanz)	105
B. Einnahmenüberschussrechnung gem. § 4 Absatz 3 EStG (EÜR)	106
C. Detailliert zur EÜR.....	106
D. Zusammenfassende Übersicht zum Unterschied EÜR/Betriebsvermögensvergleich.....	109
VI. Wettbewerbsrechtliche Vorgaben	111
A. Allgemeines zur Rechtsentwicklung.....	111
B. Widerrufsfrist bei Verbraucherverträgen	114
C. Formvorschriftenanpassungsgesetz.....	115
1. Schriftform.....	116
2. Öffentliche Beglaubigung	117
3. Notarielle Beurkundung	117
4. Elektronische Form gem. § 126a BGB.....	117
5. Hinweis zur qualifizierten elektronischen Signatur	117
6. Vergleich der eigenhändigen Unterschrift mit der qualifizierten elektronischen Signatur	120
7. Textform gem. § 126b BGB	121
VII. Der Vertragsschluss im Internet.....	123
A. Allgemeines	123
1. Webshop.....	123
2. Besonderheiten bei ebay-Verkäufen	124
VIII. Fernabsatz/ebay & Co.	127
A. Definition Fernabsatzverträge	127
B. Definition Verträge im elektronischen Geschäftsverkehr	127
1. Beispiel für einen Vertragsabschluss im elektronischen Geschäftsverkehr	128
2. Beispiel für den Abschluss eines Fernabsatzvertrages	128
C. Informationspflichten bei Fernabsatzverträgen ab 13.06.2014	129
D. Widerrufsfrist und Wertersatz bei Fernabsatzverträgen/ ebay	135
1. Allgemeines.....	135
2. Widerrufsrecht bei Verbraucherverträgen	136
3. Widerrufsrecht bei außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen und Fernabsatzverträgen.....	136

4.	Rechtsfolgen des Widerrufs von außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen und Fernabsatzverträgen mit Ausnahme von Verträgen über Finanzdienstleistungen	138
5.	Weitere Ansprüche, abweichende Vereinbarungen und Beweislast	140
6.	Muster für die Widerrufsbelehrung bei außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen und bei Fernabsatzverträgen mit Ausnahme von Verträgen über Finanzdienstleistungen	141
7.	Muster für das Widerrufsformular auf der Webseite	144
8.	Beispiel einer Widerrufsbelehrung bei Abschluss eines Fernabsatzvertrages über Lieferung einer Ware	145
IX.	Wettbewerbsrechtliche Abmahnung	147
A.	Allgemeines	147
B.	Inhalt einer Abmahnung nach UWG	149
C.	Muster einer wettbewerbsrechtlichen Abmahnung	150
1.	Abmahnberechtigte	152
2.	Reaktion auf Abmahnung	152
3.	Prozessuale Besonderheiten	152
4.	Kurze Verjährung gem. § 11 UWG	154
D.	Muster einer Abschlusserklärung	155
E.	Schutzschrift	155
1.	Allgemeines	155
2.	Muster einer Schutzschrift	156
X.	UWG	157
A.	Allgemeines	157
B.	Zweck des UWG	158
C.	Definitionen	158
D.	Verbot unlauterer geschäftlicher Handlungen (Generalklausel)	159
E.	„Schwarze Liste“	160
F.	Unlauterkeitskatalog	164
G.	Irreführende geschäftliche Handlungen	166
H.	Irreführen durch Unterlassen	167
I.	Vergleichende Werbung	168
J.	Unzumutbare Belästigungen	168
K.	Beseitigung und Unterlassung	169
L.	Zuständigkeit der Landgerichte	170
M.	Verjährung	170
N.	Zusammenfassung zum UWG	170
XI.	Urheberrecht	173
A.	Urheberrecht/Einräumung von Nutzungsrechten	173
B.	Verträge über unbekanntes Nutzungsarten	174

C.	Übersicht Urheberrecht	174
1.	Welche Werke sind geschützt?	174
2.	Wer ist Urheber?	175
3.	Welche Rechte gewährt das Urheberrecht?	175
D.	Angemessene Vergütung.....	175
E.	Bestseller-Paragraph.....	176
F.	Öffentliche Zugänglichmachung für Unterricht und Forschung.....	177
G.	Wiedergabe von Werken an elektronischen Leseplätzen in öffentlichen Bibliotheken, Museen und Archiven	177
H.	Vervielfältigungen zum privaten und sonstigen eigenen Gebrauch	178
I.	Kopienversand auf Bestellung	180
J.	Vergütungspflicht.....	181
K.	Vergütungshöhe.....	182
L.	Vergütungspflicht des Händlers oder Importeurs.....	182
M.	Vergütungspflicht des Betreibers von Ablichtungsgeräten	182
N.	Zusammenfassung zur Pauschalvergütung als gerechter Ausgleich für die Privatkopie.....	183
O.	Anspruch auf Unterlassung und Schadensersatz.....	184
P.	Abmahnung (Deckelung RA-Gebühr).....	184
1.	Formale Anforderungen einer Abmahnung nach dem UrhG.....	184
2.	Kostendeckelung	185
3.	Gegenanspruch des Abgemahnten	186
Q.	Anspruch auf Vernichtung, Rückruf und Überlassung	186
R.	Haftung des Inhabers eines Unternehmens	187
S.	Entschädigung.....	187
T.	Anspruch auf Auskunft.....	187
U.	Anspruch auf Vorlage und Besichtigung.....	189
V.	Sicherung von Schadensersatzansprüchen	190
W.	Gerichtsstand.....	190
X.	Bekanntmachung des Urteils.....	191
Y.	Fragen aus der Praxis	191
1.	Themenkomplex Kopien	191
2.	Themenkomplex MP3, Filesharing und Internet.....	195
3.	Themenkomplex Vergütung	197
XII.	Wie vermeide ich Fehler?	199
A.	Impressum	199
B.	Anbieterkennzeichnung.....	200
1.	Allgemeines.....	200
2.	§§ 5 und 6 Telemediengesetz (TMG)	200
3.	Historische Ausführungen zur Entwicklung des Telemediengesetzes	203
4.	Anbieterkennzeichnung beim Internethandel	205

C. Handelsrechtliche Pflichtangaben	210
D. Pflichtangaben in Rechnungen	212
1. Allgemeines	212
2. Rechnungen über einen Gesamtbetrag von mehr als 150,00 €	213
3. Muster einer Rechnung gem. § 14 Absatz 4 UStG	213
4. Kleinbetragsrechnungen (Gesamtbetrag bis zu 150,00 €)	214
5. Elektronische Rechnungen	215
E. Informationspflichten nach der Preisangabenverordnung (PAngV)	215
F. Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)	216
G. Domain, Anmeldung einer Internetadresse www.denic.de	218
H. Markenrecht www.dpma.de	219
1. Entstehung des Markenschutzes	220
2. Markenrechte	221
I. Reaktion auf Abmahnungen	221
J. Verpackungsverordnung	222
1. Historisches	222
2. Abfallwirtschaftliche Ziele der neuen Verpackungsverordnung	223
3. Anwendungsbereich der neuen Verpackungsverordnung	223
4. Begriffe im Sinne der neuen Verpackungsverordnung	223
5. Was müssen Internet- und Versandhändler beachten?	226
6. Zusammenfassung für Internet- und Versandhändler	227
7. Welche dualen Entsorgungssysteme gibt es?	228
K. Die 6 häufigsten (steuerrechtlichen) Fehler von Existenzgründern	229
1. Falsche Rechtsform	229
2. Zu niedrige Steuervorauszahlungen	229
3. Fehlende Verträge	229
4. Falsches Timing bei der Umsatzsteuer	230
5. Fehler bei der Umsatzsteuer	230
6. Mängel in der Buchführung	230
L. Straftaten/Ordnungswidrigkeiten als Unternehmer	230
Anlagen	233
Literaturverzeichnis	283
Wichtige Internetbegriffe	288
Stichwortverzeichnis	295

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AfA	Absetzung für Abnutzung
AG	Aktiengesellschaft
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AK	Anschaffungskosten
AO	Abgabenordnung
AV	Arbeitslosenversicherung
Az.	Aktenzeichen
BA	Betriebsausgaben
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGB-InfoV	Verordnung über Informations- und Nachweispflichten nach bürgerlichem Recht
BGH	Bundesgerichtshof
ca.	circa
DATEV	Datenverarbeitung und Dienstleistung für den steuerberatenden Beruf eG
DENIC	Deutsches Network Information Center
DFÜ	Datenfernübertragung
d.h.	das heißt
dpma	Deutsches Patent- und Markenamt
BV	Betriebsvermögen
ELStAM	Elektronische Lohnsteuerabzugsmerkmale
E/R	Einschreiben/Rückschein
ESt	Einkommensteuer
EStG	Einkommensteuergesetz
etc.	et cetera (und das übrige/und so weiter)
EÜR	Einnahmen-Überschussrechnung
FA	Finanzamt
ff.	fortfolgende
FMS	Formular-Management-System
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GewO	Gewerbeordnung
GewSt	Gewerbesteuer

GewStG	Gewerbesteuergesetz
ggf.	gegebenenfalls
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
G + V	Gewinn- und Verlustrechnung
GWG	geringwertige Wirtschaftsgüter
HGB	Handelsgesetzbuch
HK	Herstellungskosten
incl.	inklusive
i. S. d.	im Sinne des
i. V. m.	in Verbindung mit
KG	Kommanditgesellschaft
KirSt	Kirchensteuer
KSt	Körperschaftsteuer
KStG	Körperschaftsteuergesetz
KV	Krankenversicherung
LSt	Lohnsteuer
MarkenG	Gesetz über den Schutz von Marken und sonstigen Kennzeichen
MDStV	Staatsvertrag über Mediendienste
oHG	offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
PAngV	Preisangabenverordnung
PartG	Partnerschaftsgesellschaft
PartGG	Gesetz über Partnerschaftsgesellschaften Angehöriger Freier Berufe
PV	Pflegeversicherung
RA	Rechtsanwalt
RAP	Rechnungsabgrenzungsposten
RV	Rentenversicherung
SA	Sonderausgaben
SA 1	bestimmte Ausgaben dürfen als Sonderausgaben abgesetzt werden wenn es sich dabei weder um Betriebsausgaben noch um Werbungskosten handelt, z. B. Unterhaltszahlungen, gezahlte KirSt
SA 2	Altersvorsorgeaufwendungen (z. B. RV-Beiträge) und sonstige Vorsorgeaufwendungen (z. B. Beiträge zur GKV und AV und Haftpflichtversicherung)
SGB	Sozialgesetzbuch
SGB III	Arbeitsförderung

SGB IV	Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung
SGB V	Gesetzliche Krankenversicherung
SGB VI	Gesetzliche Rentenversicherung
SGB XI	Soziale Pflegeversicherung
s.o.	siehe oben
Soli.	Solidaritätszuschlag
tarifl. ESt	tarifliche Einkommensteuer
TDG	Teledienstegesetz
TMG	Telemediengesetz
UG	Unternehmergesellschaft
UrhG	Gesetz über Urheberrechte und verwandte Schutzrechte
USt	Umsatzsteuer
UStG	Umsatzsteuergesetz
usw.	und so weiter
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
VV	Vergütungsverzeichnis (zum Rechtsanwaltsvergütungsgesetz)
VZ	Veranlagungszeitraum
WG	Wirtschaftsgüter
WK	Werbungskosten
WKG	Wagniskapitalgesellschaften
WW	Wirtschaftswert
z.B.	zum Beispiel
Ziff.	Ziffer
ZPO	Zivilprozessordnung
z. v. E.	zu versteuerndes Einkommen
zuzgl.	zuzüglich

I. Wahl der Unternehmensform

1

Die Wahl der Rechtsform hat persönliche, finanzielle, steuerliche und rechtliche Folgen. Die optimale Rechtsform gibt es nicht. Jede Rechtsform hat im Einzelfall ihre Vor- und Nachteile.

A. Zivilrechtlicher Überblick Unternehmensformen

- **Einzelunternehmer**: volle Kontrolle, volle Haftung
- **Gesellschaft bürgerlichen Rechts** (GbR): einfacher Zusammenschluss von Partnern
- **Offene Handelsgesellschaft** (oHG): hohes Ansehen, aber Haftungsrisiko
- **Partnerschaftsgesellschaft** (PartnG): eigenverantwortlich, trotz Partner
- **Kommanditgesellschaft** (KG): leichteres Startkapital, große Unabhängigkeit des Unternehmers
- **Gesellschaft mit beschränkter Haftung** (GmbH): Haftungsbeschränkung
- **Ein-Personen-GmbH**: eigener Angestellter
- **GmbH & Co. KG**: vielfältige Möglichkeiten
- **Unternehmergesellschaft haftungsbeschränkt** (UG): seit 1. Nov. 2008
- **Limited**: Britische Gesellschaftsform (in Deutschland zulässig)
- **Aktiengesellschaft** (AG)
- **Kleine AG**: Alternative für Mittelständler
- **Eingetragene Genossenschaft** (eG): Juristische Person ohne Mindestkapital
- **REIT**: Neue Form der Aktiengesellschaft seit 1. Januar 2007
- **WKG**: Wagniskapitalgesellschaft seit 19. August 2008

B. Details zu den Rechtsformen

2 1. Das Einzelunternehmen

Für wen und was?

Kleingewerbetreibende, Handwerker, Dienstleister, freie Berufe.

Wie gründen?

Erforderlich ist ein Unternehmer. Das Einzelunternehmen entsteht bei Geschäftseröffnung, wenn keine andere Rechtsform gewählt wurde. Kaufleute sind ins Handelsregister einzutragen. Ausnahme: Kleingewerbetreibende. Ein Mindestkapital ist nicht erforderlich.

Das Gewerbe ist bei der zuständigen Behörde anzumelden.

Höhe der Haftung?

Der Unternehmer haftet unbeschränkt mit seinem gesamten Vermögen, auch Privatvermögen. Es gibt keine rechtliche Trennung zwischen Privat- und Geschäftsvermögen.

Übertragung des Einzelunternehmens/Verkauf?

Es wird das gesamte Unternehmen übertragen.

Wer haftet wofür nach einer Übertragung?

Der Übergeber haftet bis zu 5 Jahre nach der Übertragung für Verbindlichkeiten, die er selbst zu verantworten hat. **Der Käufer** haftet gegenüber Gläubigern für Alt-Schulden des Vorgängers. Die geleistete Zahlung kann er beim Vorgänger einfordern, §§ 25, 26 HGB.

Erben: Vermögen und Schulden gehen auf den oder die Erben in ungeteilter **Erbengemeinschaft** über. Das Vermögen steht allen gemeinsam zu. Es geht (wie das Gesetz es ausdrückt) „als Ganzes“ auf die Erben über. Einzelne Miterben erhalten nicht etwa bestimmte Teile des Vermögens; sondern (zunächst) alle alles gemeinsam. Weil das so ist, hat ein einzelner Miterbe keine Rechte aus dem Nachlass. Es können nur alle gemeinsam handeln.

Führt der Erbe das Unternehmen weiter, haftet er gem. § 27 HGB persönlich; d.h., mit seinem gesamten Vermögen. Er ist jedoch dadurch privilegiert, dass er den Geschäftsbetrieb innerhalb von 3 Monaten nach Kenntniserlangung vom Anfall der Erbschaft einstellen kann. Allerdings gelten weiterhin die allgemeinen Regeln gem. §§ 1922 BGB für ihn.

2. Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR oder BGB-Gesellschaft)

3

Für wen und was?

Kleingewerbetreibende und Freiberufler.

Wie gründen?

Erforderlich sind mindestens 2 Gesellschafter. Der Gesellschaftsvertrag kann mündlich oder schriftlich geschlossen werden. Es besteht kein Formzwang. Es bedarf keiner Eintragung ins Handelsregister oder notarieller Beurkundung. Ein Mindestkapital ist nicht erforderlich. Das Gewerbe ist bei der zuständigen Behörde anzumelden.

Beispiel eines GbR-Vertrages

4

Zwei Arbeitskollegen gründen eine Fahrgemeinschaft.

Gesellschaftsvertrag über die Errichtung einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts

zwischen

Herrn Bruno Paselacki, Musterstraße 12, 45789 Gelsenkirchen
Herrn Fredi Friedlich, Insterburger Str. 11, 45139 Essen

§ 1 Gesellschaftszweck

Zweck der Gesellschaft ist die Durchführung einer Fahrgemeinschaft von Essen nach Düsseldorf an 5 Werktagen (Montag bis Freitag) der Woche.

§ 2 Beginn und Dauer

Die Gesellschaft beginnt am 01. Januar 2008 und wird unbefristet abgeschlossen.

Jeder Gesellschafter ist zur Kündigung zum Schluss eines Vierteljahres berechtigt. Die Kündigung muss 6 Wochen vor Ablauf des Vierteljahres gegenüber jedem Mitgesellschafter schriftlich erklärt werden. Die Schriftform ist Voraussetzung für die Wirksamkeit der Kündigung.

§ 3 Beiträge

Die Gesellschafter haben folgende Beiträge zu leisten: Sie stellen für die Dauer einer Woche im Wechsel und auf eigene Kosten ihr privates Kraftfahrzeug für die Fahrten vom Wohn- zum Arbeitsort und zurück zur Verfügung. Die Reihenfolge wird durch das Alphabet bestimmt.

§ 4 Geschäftsführung, Vertretung

Sollten Geschäftsführungs- und/oder Vertretungsmaßnahmen erforderlich sein, sind diese von den Gesellschaftern gemeinsam zu treffen.

§ 5 Aufnahme neuer Gesellschafter

Neue Gesellschafter dürfen nur mit Zustimmung aller Mitgesellschafter aufgenommen werden. Das gilt auch für die Übertragung der Gesellschafterstellung.

Ort, Datum.....Unterschriften

(Bruno Paselacki)

(Fredi Friedlich)